

Das Modell Harvard auch für NRW?

Interview mit den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen

Mit ihrem überraschenden Vorstoß, Elite-Universitäten nach amerikanischem Vorbild auch in Deutschland einzurichten, ist die Spitze der Bundes-SPD sowohl bei der Opposition als auch in den eigenen Reihen auf Skepsis gestoßen. Auch NRW-Wissenschaftsministerin Hannelore Kraft (SPD) äußerte Vorbehalte hinsichtlich dieser Pläne. Braucht NRW wirklich Elite-Universitäten, um sich im internationalen Wettbewerb behaupten zu können? Über diese und andere Fragen sprach Landtag intern mit den hochschulpolitischen Sprechern der Fraktionen: Dietrich Kessel (SPD), Manfred Kuhmichel (CDU), Professor Dr. Friedrich Wilke (FDP) und Dr. Ruth Seidl (GRÜNE).

Sind staatliche Elite-Universitäten ein sinnvolles Mittel, um den wissenschaftlichen Wettbewerb zu fördern oder droht eine „Zwei-Klassen-Bildung“?

Kessel: Ich halte den Begriff Elite-Universität zur Beschreibung des Ziels, die Möglichkeiten für Spitzenleistungen im Hochschulbereich zu verbessern, für ungeeignet. Spitzenleistungen in Forschung und Lehre entstehen nicht einfach aus sich heraus oder durch die Verwendung belasteter Begriffe. Ihre Voraussetzung ist eine breit gefächerte und hervorragend aufgestellte Hochschullandschaft. Nur aus dieser kann sich dann etwas entwickeln, was Spitze ist. Wir haben in NRW ein Hochschulkonzept, das auf die Bildung von Profilen zielt. Wir setzen darauf, dass die Universitäten in den Bereichen, in denen sie jetzt schon stark sind, exzellent werden. Diese Entwicklung fördern wir



Dietrich Kessel (SPD)

unter anderem auch durch die Nutzung wettbewerblicher Elemente bei der Zuteilung von Mitteln aus dem Landeshaushalt. Wer mehr leistet, wer besser ist als die anderen, bekommt auch mehr Geld. In NRW haben wir durchaus Forschungsbereiche, die im internationalen Vergleich konkurrenzfähig sind.

Kuhmichel: Die CDU hat nichts gegen Eliten. Aber wir müssen erstmal unsere Hausaufgaben in NRW nachholen und die Hochschullandschaft in einen finanziellen Zustand bringen, der den Wettbewerb zwischen den einzelnen Standorten ermöglicht. Daraus können sich dann auch Eliten entwickeln. Eliten kann man nicht von oben verordnen. Seit Jahr und Tag fordert die CDU-Fraktion, den gigantischen Sanierungsstau in NRW aufzuarbeiten. Es fehlen allein 250 Millionen Euro, was die Baulichkeiten unserer Hochschulen angeht. Das geht zu Lasten der Studierenden. Des Weiteren fordern wir, dass man in NRW zumindest modellhaft Stiftungshochschulen entwickeln sollte. Das geht nicht von heute auf morgen. In zehn bis 15 Jahren wäre es jedoch möglich, eine Stiftungshochschullandschaft zu entwickeln, in der die Wirtschaft sich in einem größeren Maße als bisher engagieren könnte.



Manfred Kuhmichel (CDU)

Prof. Dr. Wilke: Elite entsteht im Wettbewerb aus einer breiten Qualität und Elite erzeugt eine qualitative Breite. Deshalb brauchen wir Elite-Universitäten, aber wir brauchen auch in der Breite eine qualitativ hervorragende Ausbildung. Beides muss sich gegenseitig befruchten. Das Positive der derzeitigen Debatte ist allein, dass die reale Situation unserer Hochschulen ins Zentrum der öffentlichen Dis-

kussion gerückt wurde. Ansonsten ist es falsch zu glauben, man brauche nur ein wenig Geld in die Hand zu nehmen, um Elite-Universitäten entstehen zu lassen. Elite in Wissenschaft und Forschung entsteht aus Wettbewerb und Freiheit heraus. Dafür müssen wir geeignete Rahmenbedingungen schaffen und die Autonomie der Hochschulen ernst nehmen. Das erfordert eine Änderung der geistigen Grundeinstellung, und die erkenne ich bei Rot-Grün nicht.

Dr. Seidl: Zunächst einmal möchte ich sagen, dass ich die derzeitige Diskussion als sehr positiv empfinde, weil damit das allgemeine Augenmerk auf die Situation an den Hochschulen und den Bildungsbereich insgesamt gelenkt wurde. Es stellt sich nun die Frage, was meint man überhaupt mit dem Begriff Elite-Hochschule? Wenn es darum geht, Bildung zu stärken, die vom Geldbeutel der Eltern abhängt, dann ist der Elitebegriff natürlich abzulehnen. Ich glaube jedoch, dass wir bei uns eine sehr gute, solide und breite Ausbildung haben, die

sich auch im Ausland sehen lassen kann. Diese müssen wir sowohl in der Spitze als auch in der Breite fördern. Zusammenfassend: Wir brauchen keine Elite-Hochschule für einige wenige Studierende, wir müssen die Qualität der Lehre für alle 500.000 Studierenden in NRW verbessern.

Spitzenforschung an den Unis braucht Förderung, doch wo kann in Zukunft das Geld dafür hergenommen werden?

Kessel: Es ist ja so, dass wir den Anteil der Gelder für die Hochschulen an den Gesamtausgaben des Landeshaushaltes in den letzten Jahren auch dank des Qualitätspakts leicht steigern konnten. Das wird sich jetzt auch in diesem Doppelhaushalt wieder zeigen, bei dem wir im Wissenschaftshaushalt einen Zuwachs von 1,3 Prozent haben. Dabei darf man jedoch nicht vergessen, dass die Hochschulen im

Rahmen des Qualitätspakts und in Verbindung mit der Einführung der 41-Stunden-Woche nicht gerade wenige Personalstellen verlieren. Gleichzeitig soll die Anfängerquote bis auf 40 Prozent eines Jahrgangs angehoben werden. Das wird angesichts der personellen Ausstattung der Hochschulen nur mit einem sich weiter verschlechternden Betreuungsverhältnis möglich sein. Auch deshalb brauchen wir zusätzliche Mittel für die Hochschulen und eine zielgerichtete Lenkung der jetzt vorhandenen Mittel. Wenn der Bund zusätzliche Mittel zur Verfügung stellen würde, dann ist uns das natürlich herzlich willkommen.

Kuhmichel: Die CDU hat zu dem Zeitpunkt, als das Bau- und Liegenschafts-Betriebs-Gesetz in der Debatte war, deutlich gemacht, dass hier eine gute Gelegenheit bestünde, die Hochschulen in die Autonomie der Bewirtschaftung ihrer Liegenschaften zu entlassen. Darüber hinaus haben wir angeregt, Landesbeteiligungen zu Gunsten von Hochschulen abzugeben. Das ist bei dem immer desolater gewordenen Haushalt jetzt kaum noch möglich. Deshalb müssen wir darüber nachdenken, ob im Zusammenhang mit der Rückführung der Kohlesubventionen hier nicht Milliarden freigesetzt werden müssen, um in einem mehrjährigen Programm die Hochschulen in eine Situation zu bringen, dass sie ordentlich arbeiten können. Und in diesem Zusammenhang ist auch das Stichwort Studiengebühren durchaus angebracht. Ich kann nicht verstehen, warum sich Bundesministerin Bulmahn auch im Rahmen der Elitedebatte gegen Studiengebühren ausgesprochen hat.

Prof. Dr. Wilke: Ich erinnere mich noch sehr gut an vergangene Haushaltsdebatten. Die FDP hat stets deutlich mehr Geld für Bildung, auch für unsere Hochschulen gefordert. Unsere Anträge wurden abgeschmettert, es sei kein Geld vorhanden. Heute muss ein viel größerer Betrag eingespart werden – und plötzlich geht es. Es ist also keine Frage des Geldmangels, sondern der Prioritätensetzung. Wenn man die vielen großen und kleinen „rot-grünen Spielwiesen“ auflistet und addiert, dann wird deutlich, was wirklich vorhanden ist, von der Kohlesubventionierung ganz abgesehen. Mit diesem Geld in Wissenschaft und Forschung wäre viel gewonnen. Deutschland gehört nach wie vor zu den reichen Nationen. Wir müssen und wir können uns mehr Geld für unsere Hochschulen leisten.

Dr. Seidl: Das ist eine gute Frage, da wir derzeit auf der Grundlage eines schwierigen Haushaltes diskutieren. Im Vergleich zu anderen Bundesländern stehen wir in NRW jedoch noch sehr gut da, weil die Hochschulen dank des Qualitätspaktes Haushaltssicherheit haben. Aber wenn man zusätzliche Spitzenförderung erreichen möchte, braucht man natürlich auch

mehr Geld. Und man kann nur dankbar sein, wenn die Bundesebene uns dieses Geld anbietet, z.B. in Form von Goldreserven. Ich halte es für keine schlechte Idee zu sagen, wir bilden einen Fonds und lassen die Zinserträge in die Bildung fließen. Ob das ausreicht, wird sich zeigen. Darüber hinaus sind wir derzeit dabei, die vorhandenen Ressourcen sinnvoller einzusetzen. Mit dem Hochschulkonzept 2010 greifen wir die Verbesserungsvorschläge aus dem Bericht des Expertenrates auf, der ja eine Analyse der Stärken und Schwächen unserer Hochschul-Landschaft gemacht hat, und entwickeln sie weiter.



Prof. Dr. Friedrich Wilke (FDP)

Muss die Hochschulpolitik Ländersache bleiben? Oder macht es tatsächlich Sinn, Elite-Unis über den Bund zu fördern?

Kessel: Im Zusammenhang mit der aktuellen Debatte über die Entwicklung der Hochschullandschaft macht eine Diskussion über Zuständigkeiten von Bund und Ländern keinen Sinn. Hochschulpolitik muss in erster Linie Ländersache bleiben. Der Bund beteiligt sich mit erheblichen Geldern an der Forschungsfinanzierung. Zusammen mit seinen Förderprogrammen z.B. auf den Feldern der Zukunftstechnologien trägt er dazu bei, Spitzenforschung in Deutschland zu ermöglichen.

Kuhmichel: Ich meine, dass man zunächst einmal – dem Verfassungsauftrag der Kulturhoheit der Länder folgend – sehen muss, wie man im eigenen Hause klar kommt. Vielleicht kann sich aus einem Zusammenwirken in den einzelnen Ländern auch über Ländergrenzen hinweg die Idee entwickeln, bundesweit so etwas zu machen. Aber das muss von unten wachsen, sonst wird sich die jeweils vorhandene Hochschullandschaft zurückgesetzt fühlen und hier der Eindruck entstehen: Wir kämpfen dafür, mit wenig Geld noch das Beste herauszuholen und jetzt kommt der Staat und stampft Elite-Universitäten

aus dem Boden, nur um sich nach außen damit brüsten zu können.

Prof. Dr. Wilke: Wenn man den Gedanken autonomer Hochschulen im Wettbewerb ernst nimmt, dann ist Spitzenleistung nicht in erster Linie eine Frage der Zuständigkeiten der Länder oder des Bundes, sondern Angelegenheit der Hochschulen selbst. Sie muss sich unabhängig von Ländergrenzen im nationalen und internationalen Wettbewerb gegen andere Hochschulen beweisen. Die Länder müssen entsprechende Rahmenbedingungen gestalten, dies muss auch Ländersache bleiben. Selbst das Hochschulrahmengesetz ist weitgehend überflüssig. Es gibt wenige Bereiche, die auf Bundesebene angesiedelt sein können, wie eine gemeinsame Baufinanzierung oder auch bundesweite Forschungsförderung. Allerdings ist die Vorstellung der SPD-Spitze, man könne durch ein paar Bundesgelder in Deutschland bis 2010 Harvard kopieren, an Naivität kaum zu überbieten und angesichts der Mittelkürzungen unehrlich.

Dr. Seidl: In der aktuellen Föderalismusdebatte geht es darum, in einem zusammenwachsenden Europa die Länder zu stärken. Ich halte es deshalb für richtig, dass die Länder verantwortlich bleiben für die Hochschulpolitik. NRW hat die größte Hochschullandschaft Europas. Diese könnte aus meiner Sicht nicht vom Bund aus gesteuert werden. Aber wenn uns der Bund im Rahmen der Gemeinschaftsaufgaben Hochschulbau oder Forschungsförderung zusätzliche Mittel zukommen lässt, dann begrüßen wir das natürlich.



Dr. Ruth Seidl (GRÜNE)
Fotos: Schälte

Die Interviews führten Stephanie Hajdamowicz und Axel Bäumer.